

Osterländer Volkszeitung vom 03.04.2013 , Seite 4
Thüringer Beauftragter

Übereifer der Polizei ist Gefahr für Datenschutz

Erfurt. Die hohen Standards des deutschen Datenschutzrechts drohen durch die EU ausgehebelt zu werden, warnt Thüringens Datenschutzbeauftragter Lutz Hasse. Derzeit werden in Brüssel erstmals für ganz Europa geltende Mindestanforderungen erarbeitet. „Das ist an sich gut. Da aber das deutsche Datenschutzrecht sehr hohe Standards aufweist, wären die EU-Vorgaben für uns ein klarer Rückschritt“, so Hasse. Denn im schlimmsten Falle einer neuen Datenschutzgrundverordnung würden die EU-Standards höhere Rechtskraft besitzen und das „gesamte deutschen Datenschutzgeflecht aus Recht und verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung verbrennen“. Hasse plädiert deshalb für Öffnungsklauseln, die es den Ländern erlauben, höhere Standards zu ermöglichen.

Zuletzt war der Datenschutzbeauftragte in Thüringen mit zahlreichen Verstößen konfrontiert. Missachtung des Rechts wirft Hasse beispielsweise den Internen Ermittlern der Polizei bei der Suche nach Klopapierdieben im Landeskriminalamt vor. Der Fall hatte wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Es sei rechtswidrig und zudem völlig unverhältnismäßig, so Hasse, wenn verschwundenes Toilettenpapier dazu veranlasst, Videokameras zu installieren und sogenannte RFID-Chips zur Ortung anzubringen. Der Einsatz kostete mehrere tausend Euro und die Diebe wurden nicht einmal geschnappt. Übers Ziel hinausgeschossen seien die Internen Ermittler auch bei der Observation von Polizisten in Jena und Mühlhausen, die im Dienst private Einkäufe erledigt

haben sollen. In Mühlhausen habe es zwar für vier Streifenpolizisten eine richterliche Anordnung zur Observation gegeben, doch bei drei weiteren Polizisten habe die Erlaubnis gefehlt – trotzdem wurden sie mit dem Auto verfolgt und fotografiert. „Ohne Anfangsverdacht und ohne die Betroffenen zu kennen“, so Hasse, der dies gegenüber dem Landeskriminalamt und der Landespolizeidirektion beanstandete.

Noch einmal gerieten die Behörden ins Visier, als sie gegen einen Polizisten aus den eigenen Reihen ermittelten, der den Einsatzplan für den Papstbesuch weitergegeben haben soll. Dabei gelangten sämtliche Telefonkontakte des Beamten in die Ermittlungsakten. Ebenso der Email-Verkehr mit der Landtagsabgeordneten Martina Renner. Hier hätte die Mail sogar unverzüglich gelöscht werden müssen, so Hasse, der diesen Rechtsverstoß gegenüber der Staatsanwaltschaft Meiningen und der zuständigen Polizeibehörde beanstandete.

Sorge bereite ihm auch die Babyphone-Funktion von Telefonen. Eine Abfrage bei allen Landesministerien und Behörden habe ergeben, dass die meisten Apparate extern abgehört werden können – allerdings sei die Funktion standardmäßig abgeschaltet. Er prüfe nun, ob es möglich ist, das An- und Abschalten der Mikrofone von außen zu kontrollieren. Es gebe einige Mitarbeiter in der Verwaltung, die ihren Telefonen zur Sicherheit mitunter den Stecker ziehen oder sogar die Freisprechmikros ausgebaut haben.

Robert Büssow

